

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Inneres und Heimat (4. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Sitta, Mario Brandenburg (Südpfalz),
Manuel Höferlin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/8265 –**

Smart Perso – Personalausweis auf dem Handy

A. Problem

Die Fraktion der FDP kritisiert, die öffentliche Verwaltung hinkt im Bereich der Digitalisierung hinterher.

Sie fordert die Bundesregierung daher insbesondere dazu auf, eine Gesamtstrategie für die Weiterentwicklung des Personalausweises vorzulegen, damit dieser als sicheres und nutzerfreundliches Grundelement der digitalen Identifikation dienen kann.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/8265 abzulehnen.

Berlin, den 10. April 2019

Der Ausschuss für Inneres und Heimat

Andrea Lindholz
Vorsitzende

Josef Oster
Berichterstatter

Saskia Esken
Berichterstatterin

Jochen Haug
Berichterstatter

Manuel Höferlin
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Josef Oster, Saskia Esken, Jochen Haug, Manuel Höferlin, Ulla Jelpke und Dr. Konstantin von Notz

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/8265** wurde in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 14. März 2019 an den Ausschuss für Inneres und Heimat federführend sowie an den Ausschuss Digitale Agenda zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss Digitale Agenda** hat in seiner 31. Sitzung am 10. April 2019 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags empfohlen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag in seiner 49. Sitzung am 10. April 2019 abschließend beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/8265 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

IV. Begründung

Die **Fraktion der CDU/CSU** hebt hervor, man sei bei dem Großprojekt „Digitale Verwaltung“ auf einem guten Weg. Der Antrag der FDP enthalte zwar sinnvolle Ansätze, sei jedoch nicht notwendig, da die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen entsprechend der Vereinbarungen des Koalitionsvertrags ein zentraler Baustein der Regierungskoalition sei und auch – etwa durch das Online-Zugangsgesetz – umgesetzt werde. Insgesamt bedürfe es einfacher Lösungen, um eine breite Akzeptanz zu schaffen.

Die **Fraktion der SPD** macht deutlich, der Antrag enthalte viel Richtiges, insbesondere in der Ist-Beschreibung. Die Bundesregierung habe sich jedoch bereits an die Arbeit gemacht und eigene Vorschläge erarbeitet, sodass der Antrag daher nicht länger erforderlich sei.

Die **Fraktion der AfD** stellt klar, dass der Antrag viele sinnvolle Vorschläge enthalte, die auch die Fraktion der AfD unterstützen könne. Den Einwurf der Koalitionsfraktionen, man arbeite selbst an diesen Themen und daher bedürfe es des Antrags der FDP nicht länger, nehme man interessiert zur Kenntnis und werde auf die künftige Umsetzung achten.

Die **Fraktion der FDP** kritisiert, dass die Umsetzung der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen – trotz offenkundiger Einigkeit – zu langsam vorangehe. Der Antrag umfasse nicht bloß einzelne Aspekte, sondern die Grundlage der gesamten Verwaltungsmodernisierung, darunter die digitale Authentizität und die Authentifizierung von Personen im digitalen Raum. Der Smart-Perso, so wie ihn sich die Fraktion der FDP vorstelle, sei mehr als nur ein Personalausweis, wie er sich derzeit entwickeln würde. Man habe bereits gesehen, dass die Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag nicht umgesetzt würden, sodass die Forderungen aus dem Antrag berechtigt seien.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, die Vorschläge der FDP seien es wert, darüber nachzudenken. Insbesondere die dezentrale Speicherung sei begrüßenswert, da eine von der Koalition vorgeschlagene zentrale Speicherung notwendigerweise die Begehrlichkeiten der Geheimdienste nach sich ziehen würde und zudem dem Volkszäh-

lungsurteil des Bundesverfassungsgerichts widersprechen würde. Es bestehe jedoch noch weiterer Klärungsbedarf, etwa zur Speicherung im „Wallet“. Hier müsse man aufgrund einer Verknüpfung von privaten mit behördlichen Daten unter dem Aspekt des Datenschutzes genauer hinsehen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** macht klar, dass man ebenfalls positive Anknüpfungspunkte sehe. Vor allem sei es zu begrüßen, dass man kryptographische Verfahren in die breite Masse bringen wolle, was dringend notwendig sei. Deutschland sei inzwischen im Bereich E-Government weit abgeschlagen. Es bedürfe daher mehr, als nur auf die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags zu verweisen. Bedauerlich sei, dass dieser Antrag keine Ansätze aus dem Antrag zur IT-Sicherheit aufgreife, obwohl diese Bereiche notwendigerweise miteinander zu kombinieren seien.

Berlin, den 10. April 2019

Josef Oster
Berichterstatter

Saskia Esken
Berichterstatterin

Jochen Haug
Berichterstatter

Manuel Höferlin
Berichterstatter

Ulla Jelpke
Berichterstatterin

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter